



HALLE ★ Die Stadt

Anfrage

Nummer: III/2002/02036
Datum: 08.01.2002

Wiedervorlage:
Aktz.:
Bezug-Nr.:
Abteilung/Amt/Fraktion: HAL
n:

Sabine Wolff

Beratungsfolge	Termin	Status	Zustimmung	Veränderung	Ablehnung
Stadtrat	30.01.2002	öffentlich zur Kenntnisnahme			

Betreff: Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur
Ausländerfeindlichkeit in Halle (Saale)

Anfrage:

Im Mai letzten Jahres (siehe MZ-Artikel vom 04.12.2001 - Anlage 1) zeigten zwei Hallenser Zivilcourage, als sie bei einer Pöbelei gegen Ausländer in der Straßenbahn, welche von zwei Jugendlichen angefangen wurde, eingegriffen haben. Dies endete mit einer erschreckenden Straftat von seiten der Jugendlichen. Letztlich liegt einer der beiden Männer, die Zivilcourage bewiesen haben seit Monaten im Wachkoma und wird sich Zeit seines Lebens mit einer Behinderung abfinden müssen. Die Folgeschäden, physisch und psychisch lasten nicht nur schwer auf dem Opfer selbst, sondern auch auf seiner ganzen Familie, seinen Angehörigen und Freunden.

Meine Fragen:

1. Ist die Oberbürgermeisterin über diesen furchtbaren Vorfall informiert worden?
2. Wie hat die Oberbürgermeisterin auf dieses schreckliche Verbrechen reagiert?
3. Gab es bzw. gibt es in irgendeiner Art und Weise Unterstützung und Beistand von seiten der Oberbürgermeisterin für die Opfer und deren Angehörigen?
4. Ist die von den Opfern geleistete Zivilcourage angemessen gewürdigt worden?
5. Wie wird die Oberbürgermeisterin in Zukunft auf solche Vorfälle reagieren?

Sabine Wolff

Stadträtin der HAL-Fraktion
NEUES FORUM

Beantwortung

In Absprache mit der Staatsanwaltschaft kann ich die Anfrage zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten.

Die Ergebnisse der Beweisaufnahme, die eine zweifelsfreie Beurteilung ermöglichen, werden mir durch Staatsanwaltschaft und Gericht erst mit Abschluss des Verfahrens zugeleitet. Sobald mir diese vorliegen, werde ich auf die Anfrage antworten.

Prinzipiell gibt es die Absprache mit der Polizeidirektion Halle, dass der Ausländerbeauftragte der Stadt Halle über fremdenfeindlich motivierte Straftaten informiert wird. In der Stadtverwaltung wird dann individuell entschieden, wie auf einen solchen Vorfall reagiert wird.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin